

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



Inhalt

Parkraumbewirtschaftung	2-3
Pfeffer Kolumne	3
Zonenplanrevision	4
Sinnvolle Verdichtung	5
Mobilfunkabstimmung	6-7
Abstimmung Landhof	7
Grüne Riechen	8
junges grünes bündnis	9
Jahr der Biodiversität	10-11
Infomarkt und Varia	12

Stopp Suchverkehr
im Quartier,
Parkordnung **JA**

Abstimmungen vom 13. Juni
Jahr der Biodiversität
Zonenplanrevision

Parkraumbewirtschaftung in Basel - zur Abstimmung vom 13. Juni 2010

Die Abstimmungsvorlage zur Parkordnung ist das Resultat von gemeinsamen Gesprächen zwischen den Verkehrs- und Umweltverbänden, dem Gewerbeverband, der Handelskammer und der Verkehrsliga. Trotz der damaligen Einigung(!), haben die Handelskammer und der Gewerbeverband das Referendum gegen den mit grossem Mehr verabschiedeten Grossratsbeschluss ergriffen und damit ihren eigenen Kompromiss abgelehnt. Es handelt sich also um einen parlamentarisch ausgewogenen Vorschlag – keineswegs um eine „grüne“ Lösung.

Die Stadtbevölkerung von Basel hat mit 341 Fahrzeugen pro 1'000 Einwohner den schweizweit tiefsten Motorisierungsgrad (CH-Schnitt: 523); mehr als die Hälfte aller Haushalte verfügt über kein eigenes Auto.

Demgegenüber hat es in Basel-Stadt ca. 100'000 Parkplätze. Der Grossteil davon – rund 64'000 – entfällt auf private Parkplätze. Insgesamt kann der Kanton also gegen 33'000 Parkplätze bewirtschaften. Unter Bewirtschaftung wird zeitliche Limitierung der Parkdauer und/oder das Einverlangen von Gebühren verstanden. Bei 21'000 Parkplätzen geschieht dies in der einen oder anderen Form bereits heute. Neu hinzu kämen also 12'000 Parkplätze. Künftig soll es grundsätzlich keine Parkplätze auf Allmend mehr geben, die nicht entweder über eine Gebühr und/oder die Zeit bewirtschaftet werden.

Die Ziele der Parkordnung sind: **Reduktion des Parkplatzsuchverkehrs** (Schätzungen: 30-50% des gesamten Verkehrs in den Quartieren) - „Parkieren statt suchen!“: wer einen Parkplatz sucht, soll immer einen finden; **Die Aufhebung der Dauerbelegung der weissen Parkplätze** (tagsüber mit dem Privatwagen und nachts mit dem Arbeitsfahrzeug); **Nutzung der Parkhäuser in der Innenstadt** (es lohnt sich nicht mehr nach

Gratisparkplätzen zu suchen); **Bevorzugung der Anwohner und des Gewerbes** gegenüber Pendlern und Auswärtigen mittels Anwohner- und Gewerbeparkkarten für die blaue Zone.

Letztlich soll mit diesen Massnahmen eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (Pendler) hin zum öffentlichen Verkehr erreicht werden. Damit verbunden ist neben der besseren Luft- und Lärmqualität die Steigerung der Wohn- und Lebensqualität der StadtbewohnerInnen.

Nach einer dreijährigen Umsetzungsdauer wird es noch folgende Parkplätze geben:

1. Weisse Zone gebührenpflichtig, mit Zeitbeschränkung;
2. Weisse Zone gebührenfrei, mit Zeitbeschränkung (z.B. Kurzparking vor einer Bankfiliale);
3. Blaue Zone mit Anwohnerbevorzugung (für Nicht-Anwohner ab 90 Minuten nur mit Stadt- oder Besucherparkkarte);
4. Gelbe Zone (Spezialvorschriften).

Besucherinnen und Besucher können in Quartieren in der blauen Zone tagsüber weiterhin in den ersten eineinhalb Stunden gratis parkieren. Für längere Aufenthalte tagsüber können Halb- und Ganztageskarten gelöst werden. Nachts ist dort das Parkieren wie bisher gratis. Parkplätze innerhalb des Grossbasler Cityrings und der Kleinbasler Kernzone sind ohne Ausnahme an allen Tagen und zu jeder Tageszeit gebührenpflichtig. Es soll dort die Verlagerung der Fahrzeuge in die heute oft leerstehenden Parkhäuser stattfinden und unnötiger Suchverkehr vermieden werden.

Aus den Nettoeinnahmen der Parkkartenverkäufe und der Parkuhren wird ein Fonds für Parkraum- und ÖV- Finanzierung geäuft. Die Mittel aus diesem Fonds können zur Mitfinanzierung von Quartierparkings- und Park&Ride-Anlagen sowie für Vorhaben des öffentlichen Verkehrs verwendet werden, welche zu

Impressum

grüner pfeffer -
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Greifengasse 7, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet, Harald Friedl,
Eveline Rommerskirchen

Druck:

Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 02 |
Mai 2010

einer Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr beitragen.

Es ist schon sehr sonderbar, dass man sich auf eine Parkordnung am runden Tisch einigt und dann ein Teil der Teilnehmenden das Referendum ergreift. Der damals eingeleitete Konsens ist auf die Bedürfnisse des Gewerbes und der KMU eingegangen und sieht sehr günstige Tarife für die Gewerbeparkkarte und eine Bevorzugung bei den Parkvorschriften vor. Das Gewerbe soll nicht Parkplätze suchen müssen.

Dass diese Karte nicht in der gesamten Region gilt, liegt wohl unter anderem an der vorgesehenen restriktiven Basler Bewilligungspraxis, die vorsieht, dass nur gekennzeichnete und ausgerüstete Gewerbefahrzeuge eine Gewerbeparkkarte erhalten und keine Luxusgeländefahrzeuge.

Das Referendumskomitee sieht die Benachteiligung der KMU durch die neue Bewirtschaftung. Die Mitarbeiter können ihre Privatfahrzeuge nicht mehr gratis auf der Allmend abstellen. Das stimmt: es soll ja erreicht werden, dass der tägliche Arbeitsweg mit dem ÖV zurückgelegt wird. Dort wo private Parkplätze zur Verfügung stehen, greift dieser Ansatz natürlich nicht. Es steht den Mitarbeitenden frei eine Jahresparkkarte oder jeweils Tagesparkkarten zu lösen. Die für die Firmenfahrzeuge notwendige Parkkarte ist übertragbar und auch für jedes Fahrzeug lösbar. Das Argument der fehlenden Koordination mit den Nachbargemeinden ist ebenso fadenscheinig: Fast alle umliegenden Gemeinden kennen bereits Parkordnungen – in den meisten Fällen viel restriktiver als das Basler Modell. Diese wurden zu einem gemeinsamen Ansatz eingeladen und die Zeit dazu ist nicht zu spät. Es darf aber dadurch keinesfalls eine Hintertür, die den Zielsetzungen der Parkordnung zuwiderlaufen, eingeführt werden.

Das Gesamtkonzept sieht keine Aufhebung von Parkplätzen vor. Aus grüner Sicht wäre dies aber sehr wohl zu Gunsten der Lebensqualität zu befürworten. Die Finanzierung von Quartierparkings durch die Einnahmen der Parkraumbewirtschaftungsfonds ist aber durchaus eine Möglichkeit dies dann doch zu tun. Damit verbunden wäre eine 1:1 Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen.

Durch die vorgesehene Mitfinanzierungsmöglichkeit von Park&Ride-Anlagen in der Peripherie (auch ausserhalb des Kantons Basel-Stadt) wird der Verkehr bereits weit ausserhalb auf den ÖV verlagert. Dies entlastet Basel vom Pendlerverkehr und ist ganz im Sinn grüner Politik. Daneben können die Einnahmen auch zur Förderung des ÖV verwendet werden.

Darum: JA zur Parkordnung! Sie ist neben anderen ein Element zur Umsetzung grüner Politik in Basel-Stadt und soll zu mehr Lebensqualität in der Stadt führen.



Michael Wüthrich
Grossrat
Grüne Basel-Stadt,
Präsident UVEK

Pfeffer Kolumne: Gute Beispiele müssen auch von oben kommen

Kopenhagen ist gescheitert. Die Lösung zur Klimaerwärmung kam also nicht von oben. Nun hört man aus verschiedenen Kreisen, dass es eventuell nicht so schlimm sei: „wir können ja mit unserer Kaufkraft und Aktionen viel erreichen“. Es stimmt. Aber die Not ist gross und die Verantwortung der Politik ist gefragt um schnell, schneller, am schnellsten gute Zeichen zu setzen.

Wie wichtig Symbole sind, hatte der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter (1977-1981) wohl verstanden. Anfang der siebziger Jahre ist Amerika von der ersten Ölkrise stark betroffen. 1974 arbeitet Richard Nixon an einem Plan, die erneubaren Energien zu entwickeln. Sein Nachfolger, Jimmy Carter, veröffentlicht das Programm 'Solar America', das bis 2050 ein zu 100% auf erneubaren Energien basierendes Land vorsieht. Und 1979, als Zeichen für sein Engagement, lässt er auf dem Dach des weissen Hauses 32 thermische Solar Panels installieren. Der Solarpräsident machte am Ende seiner Amtsperiode einige Fehler und wurde nicht wiedergewählt. Seine Kollektoren sind dem Nachfolger ein Dorn im Auge, Ronald Reagan lässt die Panels entfernen. Kein Wunder, denn die Öllobby hatte die Wahlkampagne des kalifornischen Cowboys finanziert.

Dieter Salomon, grüner Bürgermeister von Freiburg in Breisgau, hat den Wert der Symbole auch verstanden. Auf dem Dach des freiburger Rathauses steht seit 2004 eine 16,8 kWp Fotovoltaikanlage, obwohl das Gebäude unter Denkmalschutz steht.

Die Bevölkerung kann einiges richten - aber nicht alles. Gute Beispiele müssen auch von oben kommen.

www.treehugger.com/files/2009/01/jimmy-carter-solar-panels.php

Philippe Bovet

Der neue Zonenplan: Chance für eine grüne Entwicklung Basels

Noch dieses Jahr beginnt die öffentliche Planaufgabe des neuen Zonenplans. Er legt eigentümmerverbindlich Ort, Zweck und Mass der zulässigen baulichen Nutzungen fest und ist somit nach dem Richtplan ein wichtiges Instrument, um die künftige räumliche Nutzung des Kantons zu planen.

Die Ziele des neuen Zonenplans sind folgende: neue Wohnungen für über 9'000 Einwohner, Raum für über 10'000 neue Arbeitsplätze, 20 Hektaren neue, öffentliche Freiräume, langfristige Wachstumsmöglichkeiten für Universität und Spitäler, die Einführung von Natur- und Landschaftsschutzzonen und die Reduktion der Familiengärten um 20%, entsprechend der Nachfrage.

Die Entwicklung der Basler Bevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten ist bekannt: Seit den 80er Jahren schrumpfte sie von weit über 200'000 auf unter 190'000. Sie ist seit 2-3 Jahren wieder ansteigend (Bevölkerungszunahme im März 2010 um 217 auf 191'274). Der Trend wieder hin zum urbanen Leben ist allgemein erkennbar.

Ein weiterer wichtiger Trend ist die Zunahme der Wohnfläche pro Person. Betrug diese 1980 im Durchschnitt noch 36 m², so sind es im Jahr 2007 bereits 43 m² pro Person. Diese Entwicklung ist verheerend, denn damit haben wir im Kanton Basel-Stadt seit 1980 eine Fläche von 208 Fussballfeldern zusätzlich für Wohnraum verbaut. Die Politik ist gefordert, diesen Trend mit geeigneten Massnahmen zu steuern.

Der Zonenplan hingegen muss die Entwicklungen aufnehmen und dafür sorgen, dass die vorhandenen Bodenressourcen optimal genutzt werden. Denn Stadtwohnen ist ökologisch, Platz sparend und attraktiv. Als Beispiel: Im Vergleich zur umliegenden Agglomeration verbraucht der Agglomerationskern nur 135 m² statt 312 m² Baufläche pro Person und die neuen

Wohngebiete in der Stadt würden sogar nur 36 m² Baufläche pro Person belegen.

Das Zauberwort heisst Stadtrandentwicklung

Mit 37 km² hat der Kanton Basel-Stadt sehr beschränkte Ausbaumöglichkeiten. Das ist aus politischer Sicht zwar oft ein Nachteil, fordert aber die Raumplanung und zwingt diese, geschickte Strategien zu entwickeln, um mehr Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig nicht unkontrolliert Fläche zu verbauen.

Der neue Zonenplan schlägt dazu die Entwicklung der Stadtränder Süd, Ost und Nordwest vor. Es wurden bereits Testplanungen mit Landschaftsplanern durchgeführt, die Möglichkeiten aufzeigen, wie die bisher wenig genutzten Stadtränder entwickelt werden könnten. Die Entwürfe zeigen das entscheidende Spannungsfeld auf: Verdichtetes Bauen, Bodenverbrauch stoppen, Wege sparen und verkürzen aber trotzdem genügend Freiraum lassen, Grünflächen erhalten oder sogar ausbauen und Wanderkorridore bilden für Tiere und Pflanzen. Das ist die breite Palette von Forderungen, die aus grüner Sicht unter einen Hut gebracht werden müssen; keine

einfache Aufgabe.

Auch wir Grünen müssen uns ein paar Fragen stellen: Ist ein Grüngürtel zwischen Basel und Riehen heute aus raumplanerischer Sicht noch sinnvoll? Kann dieser seine ökologischen und nutzerischen Funktionen noch erfüllen? Wie viele Familiengärten braucht es und ist deren Nutzungsform noch angebracht? Können wir uns leisten soviel Frei- und Grünraum privat zu nutzen?

Diese Fragen müssen diskutiert und schliesslich vom Zonenplan beantwortet werden. Bereits im Richtplan haben die Grünen die optimale Nutzung der Freiräume, ein Hochhauskonzept und kompensatorische raumplanerische Massnahmen in der Region gefordert. Ein Beispiel dafür ist der Landschaftspark Wiese. Ein Frei- und Grünraum, welcher über einen Staatsvertrag mit Deutschland geregelt wird. Dessen Vorbildcharakter muss nun noch im Zonenplan eigentümmerverbindlich festgehalten werden.



Mirjam Ballmer
Grossrätin,
Geschäftsleitung
Grüne Basel-Stadt



Stadtrand Ost, gemäss der Zonenplanung liegt hier das grösste Potential für neue Wohnungen.

Verdichtung? Ja, aber 'eyes wide open'

Für Klimaexperten stehen beinahe alle Ampeln auf rot. Im Bausektor ist alles beim Alten. Es werden weiterhin am liebsten neue Wohneinheiten oder Büros mit Parkierflächen gebaut. Man ist sogar bereit Familiengärten zu diesem Zweck zu opfern. Eine andere Baupolitik, gekoppelt mit einer echten Minderung des Autoverkehrs, wäre gewünscht und könnte viel bringen.

Geht man 'eyes wide open' durch die Basler Strassen, so entdeckt man Flächen, wo man sich wirklich fragt, warum man hier nicht zu optimieren versucht. Mit einer engagierten Baupolitik, die auch versucht den Platz des motorisierten Verkehrs zu reduzieren, kann man einiges erreichen. Eine solche Politik verlangt Kontakte mit den Besitzern, Diskussionen, Ratschläge, Förderungen... und Mut. Wäre es nicht Zeit mit einigen Pilotprojekten zu beginnen? Auf dieser Seite werden zwei Beispiele aus Grossbasel vorgestellt.



Am Haupteingang des Felix-Platter Spitals (Burgfeldstrasse) sind 88 nummerierte Besucherparkplätze vorhanden. An anderen Ecken des Geländes stehen andere Oberflächeparkmöglichkeiten. Vor dem Haupteingang hält die Tramlinie 3 und an der Luzernerringseite halten die Buslinien 36 und 38. Dank Google-Earth kann man berechnen, dass diese 88 Parkplätze und die dazwischen liegenden Wege eine Bodenfläche von mindestens 16'000 m² belegen. Also fast 2 Hektaren warten auf etwas vernünftigeres als abgestellte Autos.



Werden hier in der Birmannsgasse alle Einstellplätze noch für Autos benutzt oder sind es Abstellräume? Würde das Baudepartement die Auto bedürfnisse der Garagenbesitzer analysieren, so könnte man zusammen mit Mobility Autos auf der Strasse für die ehemaligen Garagenbesitzer und Quartierbewohner zur Verfügung stellen. Das kleine Parkhaus liesse sich sanieren und aufstocken. Laut Google-Earth beträgt seine Bodenfläche circa 150 m². Die Besitzer solcher Parkmöglichkeiten sollten nicht vergessen, dass die Mietzinse für Wohnungen höher sind als für Parkplätze.



Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Initiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“ und Gegenvorschlag - zur Abstimmung vom 13. Juni

Die Initiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“ fordert nebst der Eindämmung des Wildwuchses, Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und überall dort, wo sich Menschen aufhalten, auf das absolut Notwendige zu beschränken. Die optimale Koordination der Mobilfunkstandorte soll durchgesetzt, Risiken vermieden und bekannte oder nicht geklärte Beeinträchtigungen von Gesundheit und Wohlbefinden auf ein Minimum reduziert werden. Zudem soll ein Strahlenbelastungskataster aufgebaut werden und eine «gute Gesamtwirkung» in Bezug auf Ästhetik erreicht werden.

Der Regierungsrat hat auf die Initiative mit einem Gegenvorschlag geantwortet, der jedoch einen Teil der Anliegen der Initiative nicht berücksichtigt. Darauf hat eine Minderheit der Umwelt-, Verkehr und Energiekommission (UVEK) versucht, diese Anliegen aufzugreifen und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Initiative umzusetzen. Der Grosse Rat lehnte aber dieses Minderheitenanliegen der UVEK ab. Deshalb hat das Komitee in der Folge die Initiative nicht zurückgezogen.

Es verdichten sich Hinweise, dass Mobilfunkstrahlung schon unterhalb der geltenden Grenzwerte gesundheitsschädigend sein kann. Hinweise gibt es auf Genotoxizität, Hirntumorrisiko bei Langzeitnutzung und Beeinträchtigung des kognitiven Verhaltens. Eine aktuelle Übersicht über Genotoxizität von Mobilfunk zeigt, dass von 101 Arbeiten 42 einen Effekt nachweisen. Wenn wir mögliche Erbgutschäden in Betracht ziehen, spielen wir heute „russisch Roulette“. Sollte die Mehrheit der Untersuchungen Recht behalten, so haben wir Glück gehabt. Andernfalls geht es um nichts weniger als unsere Nachkommen! Die „Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz“ empfehlen eine Grenzwertsen-



Blick nach oben und schon sieht man überall Mobilfunkanlagen. Sie senden während 24 Stunden an 365 Tagen.

kung als Vorsorgeempfehlung zur Reduktion der Belastung. Es soll nicht 100 Jahre gewartet werden wie dies beim Asbest der Fall war. Dort gab es bereits 1898 die ersten Warnungen, 1906 die ersten Toten und es dauerte 100 Jahre bis zum Verbot.

Im regierungsrätlichen Bericht steht, dass Einflüsse von Mobilfunkstrahlung unterhalb der geltenden Grenzwerte nachweisbar und schädigende Wirkungen belegt sind, dass die Immissionsgrenzwerte den Kriterien des Umweltschutzgesetzes aber trotzdem genügen und dem Restrisiko mit den Anlagegrenzwerten genügend Rechenschaft abgelegt wird; zusätzliche Minimierung liege in der Eigenverantwortung der Nutzerinnen oder des Nutzers. Es muss betont werden, dass auf die permanent strahlenden Basisstationen des Mobilfunks die Nutzerin oder der Nutzer keinen Einfluss haben: das eigene Mobiltelefon kann ausgeschaltet oder gar auf den Gebrauch verzichtet werden. Die Basisstation sendet aber wäh-

rend 24 Stunden an 365 Tagen. Und hier setzt die Mobilfunkinitiative an: Mobilfunkanlagen sollen in Wohngebieten und überall dort, wo sich Menschen aufhalten, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.

Der Bericht des Regierungsrats zeigt, dass ein gewisses Problembewusstsein vorhanden ist. Bei der genauen Lektüre kommt man aber zum Schluss, dass die vorgeschlagene Lösung mehr als dürftig ist. Gemäss dem Gegenvorschlag des Regierungsrates soll der Kanton den weiteren Ausbau optimieren, indem er seine Liegenschaften als Antennen-Standort zur Verfügung stellt. Die Absicht ist also, die Belastung zu reduzieren, wenn eine Antenne auf einer kantonalen statt einer privaten Liegenschaft steht. Diese Absicht ist sehr zu begrüßen. Es braucht aber eine verbindliche Regelung, um die Strahlenbelastung tatsächlich zu reduzieren. Ohne eine solche Regelung bleiben alle bisherigen Anlagen mit der maximal zulässigen Strahlung bestehen und

zusätzlich werden Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und auf Allmend zur Verfügung gestellt. Dies führt - da mehr Anlagen ohne verbindliche Beschränkung in Betrieb genommen werden - unweigerlich zu einer Erhöhung der Gesamtstrahlenbelastung.

Zurzeit befinden sich 2/3 aller Basisstationen auf privaten und 1/3 auf kantonalen Liegenschaften. Allgemein gelten die Grenzwerte der NISV des Bundes – beispielsweise für private Liegenschaften. Der Kanton kann für seine Gebäude und Allmend im Mietvertrag tiefere Werte vorschreiben (nebenbei: auch ein privater Liegenschaftsbesitzer könnte dies tun!). Der Handlungsspielraum auf kantonalen Ebene ist weit grösser als dies vom Regierungsrat postuliert wird. Man kann das Konzept des Gegenvorschlages nachvollziehen ABER man müsste den Vorschlag konkretisieren und eine verbindliche Belastungsgrenze setzen.

Die Möglichkeiten des Kantons zu einer wirklichen Strahlenbelastungsreduktion dürfen nicht unterschätzt werden: Da er über viele Gebäude verfügt und diese sich an für Mobilfunkbetreiber sehr attraktiven Lagen befinden, kann er hier steuernd eingreifen. Er kann durch Anreizsysteme die Mobilfunkbetreiber dazu bewegen, auch auf privaten Liegenschaften die Leistung zu reduzieren und damit der Hauptforderung der Initiative nachkommen. Die Breitenwirkung auf private Eigentümer sollte dabei nicht unterschätzt werden. Basel-Stadt könnte so ein Vorbild für den sanften Mobilfunk werden. Neue Technologien wie Mikro- und Femtozellen am jetzt im Ausbau stehenden Glasfasernetz können Tiefgaragen und Keller abdecken und die auf den Dächern stehenden Antennen müssen nicht mehr derart stark strahlen, dass sie dicke Betondecken im dritten Untergeschoss durchdringen.

Wenn eindringlich vor der Strahlungsgefahr gewarnt wird,

so sollen unnötige Dienste wie Fernsehen auf dem Handy nicht als Begründung für mehr Antennen stehen. Die gesundheitlichen Bedenken müssen prioritär behandelt werden. Für das normale Telefonieren und das Internet reicht erwiesenermassen sanfter Mobilfunk.

Daher: JA zur Initiative „gegen den Wildwuchs bei Mobilfunkantennen“ und bei der Stichfrage „Initiative“.

Der Gegenvorschlag sollte sogar abgelehnt werden, da dieser das bis anhin gültige Moratorium für Antennen auf kantonalen Gebäuden aufhebt und eine (rechtlich unverbindliche) „Mobilfunk-Policy“ in Kraft setzt.



Michael Wüthrich
Grossrat Grüne
Partei Basel-Stadt,
Präsident UVEK

Landhof-Abstimmung - Verbunden werden auch die Schwachen mächtig

Verbunden durch das gemeinsame Ziel, den Landhof als grosse grüne Oase in Basel zu erhalten, konnte die Abstimmung vom 7. März deutlich gewonnen werden. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen unterstützten die von den Grünen 2006 lancierte Initiative mit grossem Engagement. Ein Engagement, welches über die Parteigrenzen hinausging. Mit dem klaren Ziel vor Augen, dem dicht besiedelten Kleinbasel, seinen letzten grossen Grünraum zu erhalten. Die einmalige Chance

für das Kleinbasel durfte nicht verpasst werden. Rasch bildete sich ein breit abgestütztes Initiativkomitee, welches ausgezeichnet zusammenarbeitete und mit guten Ideen einen fantasievollen Abstimmungskampf führte. Allen Engagierten sei ein herzlicher Dank ausgesprochen.



Thomas Grossenbacher
Grossrat Grüne
Initiativkomitee
Landhof



Jubelnde Kinder nach der Landhof-Abstimmung. Sie können den Landhof weiterhin als ihr Revier benutzen. Foto Mirko Ulbl

Die Grünen haben in Riehen erstmals Fraktionsstärke

Mit Marianne Hazenkamp, Thomas Mühlemann und Andreas Tereh sitzen erstmals drei Personen der Grünen Partei im Einwohnerrat Riehen (+ 1), das bedeutet Fraktionsstärke. Während wir bisher eine enge und gute Zusammenarbeit mit der SP hatten, werden wir in der neuen Legislatur als eigene Fraktion auftreten, ohne die Zusammenarbeit mit der SP aufzugeben.

Dadurch, dass wir nun eine eigene Fraktion bilden, haben wir das Recht, in allen sechs (statt in zwei von bisher vier) Kommissionen Einsitz zu nehmen. Wir werden jetzt auch im Ratsbüro, in der Geschäftsprüfungs- und in der Petitionskommission - mit

Präsidium - vertreten sein. Dies erfordert grosses Engagement, welches wir mit Freude angehen werden.

Aktuelle Themen für die Grünen sind die Entwicklungen im Moostal und Stettenfeld, welche von einer unkontrollierten Bebauung bedroht sind. Riehen leidet unter einem Verkehrsproblem, welches wir primär mit der konsequenten Förderung der S-Bahn angehen wollen, sowie mit Temporeduktionen in Wohnstrassen und der Aufwertung der Veloverbindungen und Infrastruktur. Weitere Themen sind der Baumschutz, der Erhalt wertvoller alter Liegenschaften und die Energiepolitik.

Der Einwohnerrat hat einen markanten Rutsch nach Rechts erlebt, was unsere Arbeit nicht leicht machen wird. Es ist bekannt, dass in Riehen die Baulobby sehr stark mit der Politik verfilzt ist. Wir werden uns an Teilerfolgen freuen müssen, hoffen aber, dass wir hin und wieder auch einen richtigen Erfolg feiern können. Im Wahlkampf hat der Populismus gesiegt - wir engagieren uns dafür, dass die Vernunft dennoch nicht auf der Strecke bleibt.



Andreas Tereh
Einwohnerrat,
Vorstand Grüne
Basel-Stadt

Gemeinderatswahlen und Sachpolitik

Bei der Gemeinderatswahlen führte das Grüne Bündnis einen eigenen Wahlkampf, hatte aber eine gemeinsame Liste mit der SP und der EVP. Im ersten Wahlgang konnten wir unerwartet gut mitmischen, belegte doch Marianne Hazenkamp den 6. Platz (bei 6 zu vergebenden Plätzen). Im zweiten Wahlgang schnürten die Bürgerlichen mit der SVP ein Päckli - dies auf Anregung der Kantonalparteien, einen Versuchsballon zu starten. Leider ging diese Strategie auf und die CVP (die sich im ersten Wahlgang zusammen mit der GLP noch von den Bürgerlichen distanzierte) schnappte der SP einen Sitz weg.

Schlussendlich geht es aber um eine grüne Sachpolitik, die meistens von der Bevölkerung mitgetragen wird. Beispielsweise haben wir als einzige Partei alle drei kommunalen Abstimmungen des letzten Jahres gewonnen. Und jetzt sieht es danach aus, dass es «Grün» weitergeht: Die Abstimmung über das «Naturbad» im April wurde gewonnen und nach einem historischen Entscheid im Einwohnerrat ein grosser Teil des Baulandes im Moostal gekauft, ohne dass ein Referendum ergriffen wurde. Dabei wurde mit 3/4 Mehrheit die Bebauungsvariante



*Einreichung der Moostalinitiative 16. April 2010. An vorderster Front die Co-Präsidentin des Initiativkomitee Marianne Hazenkamp.
Foto Pauline Hazenkamp.*

des Gemeinderats auf die Seite geschoben und die Variante der Sachkommission SVU (Siedlungsentwicklung, Verkehr, Versorgung und Umwelt) dem Gemeinderat empfohlen. Diese Variante geht in Richtung der Neuen Moostalinitiative, die eine grösstmögliche Freihaltung will. Diese Initiative wurde unter der Federführung eines überparteilichen Komitees (Co-Präsidium Hansruedi Brenner und Marianne Hazenkamp) im letzten Sommer lanciert und auch in die Überlegungen der SVU miteinbezogen. Am 16. April konnten wir die Initiative mit knapp 1'400 Unterschriften einreichen. Als frühlingshaftes Symbol

für den Neuanfang im Kapitel «Moostal» wurde der Gemeinde auch ein Kirschbaum überreicht. Der Kirschbaum - typisch für das Landschaftsbild in Riehen - soll auch ein Zeichen sein für die Erhaltung der Natur und den sorgfältigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen für die zukünftigen Generationen.

Vielen Dank an alle! Auch für die Zukunft...



Marianne Hazenkamp
Einwohnerrätin,
Präsidentin Grüne
Riehen

Für nachhaltige Energiegewinnung; für sparsamen Energiekonsum; gegen AKWs

Unser Jahresthema (siehe Titel), welches wir auf vielseitige Weise und mit viel Elan und Kreativität verfolgen, stand im Mittelpunkt unserer Retraite vom 12./13. März in einer Waldhütte in der Nähe von Gelterkinden. Die Mitglieder des jgb haben Energie getankt, viele Ideen ausgebrütet und vor allem gearbeitet.

Neben dem Jahresthema begannen wir die Planung des Treffens der jungen grünen Schweiz. Dieses findet an einem Wochenende im September in Basel statt und wird sich um das Thema AKW/erneuerbare Energie drehen. Unser Jahresthema wird uns also auch hier begleiten und wir hoffen, dass unsere guten Ideen und erfolgreiche Aktionen so in die ganze Schweiz hinausgetragen werden.

Am 27. März von 20:30 bis 21:30 Uhr fand die Aktion Globales Lichterlöschen für das Klima statt, die so genannte Earth hour. Der WWF will mit dieser Aktion ein Zeichen setzen für Stromsparen und den Klimaschutz.

Vor allem die grossen Wahrzeichen der Städte sollten für eine Stunde nicht beleuchtet werden. Diese riesigen Gebilde werden oft mit grossem Energieaufwand und völlig grundlos die ganze Nacht über beleuchtet.

Städte wie Berlin, Paris, New York sowie 30 Städte und Gemeinden in der Schweiz beteiligten sich an der Aktion. Das Brandenburger Tor, der Eiffelturm, das Empire State Building sollten im Dunkeln liegen... Und Basel macht nicht mit?!

Als wir dies mitbekommen haben, waren wir empört. Frei nach unserem Motto „mache statt motze“ haben wir Ideen für eine Aktion gesucht. Weil die Zeit drängte, entschieden wir uns für eine kleine Aktion in der Gerbergasse.

Per Mail und Flyer luden wir zu einem Spielabend in der Gerbergasse ein. Wenn Basel schon nicht mitmachte, wollten wir mindestens unsere Lichter zu Hause

ausgek nipst lassen und das vorhandene Licht der Schaufenster und Strassenlaternen nutzen. Light sharing sozusagen!

Wir legten Plachen. Machten es uns auf Kissen mit Spielkarten und Eile mit Weile gemütlich. Dazu fragten wir auf ausgelegten Plakaten: „bei uns zu hause ist das Licht aus, und bei dir?“

Neben dem Spielen kamen wir immer wieder mit einigen Leuten ins Gespräch. Dies war sehr spannend, da die meisten nicht unserem „gewöhnlichen Zielpublikum“ entsprachen.

Zum Beispiel eine Gruppe Jugendliche, die mit dem Begriff: junge Grüne oder linke Politik gar nichts anzufangen wusste und sich dann doch auf ein Gespräch einliess und anfang sich über unsere Überzeugungen Gedanken zu machen...

Diese Episoden und unser gemüthliches Beisammensein liess uns mit dem Gefühl zurück, eine gelungene Aktion geplant und durchgeführt zu haben.

Dies tröstete uns ein bisschen darüber hinweg, dass Basel „als linke und grüne Stadt“ nicht an dem WWF- Aufruf teilgenommen hatte.

Nicht nur mit Strassenaktionen macht das jgb von sich hören. So ist Ende März ein Gastbeitrag Artikel von unserer Co-Präsidentin Anina Ineichen in der BaZ erschienen. Sie forderte Basel auf, dem Komitee „Mühleberg Verfahren“ beizutreten, welches eine Stilllegung des AKW Mühleberg fordert. Nachzulesen auf unserer Website: www.jungesgruenesbuendnis.ch

Apropos: Unsere Website bekommt einen neuen Anstrich verpasst und es lohnt sich demnächst doppelt bei uns vorbeizuschauen!



Lena Signer
Vorstand junges
grünes bündnis
nwch (jgb)



„Globales Lichterlöschen?“ Auf kreative Weise beteiligten wir uns an der Aktion, Bâle leider nicht.

2010 Internationales Jahr der Biodiversität

Die UNO-Generallversammlung hat das Jahr 2010 zum internationalen Jahr der Biodiversität erklärt. 1992 wurde von der internationalen Staatengemeinschaft in Rio de Janeiro das „Übereinkommen über die Biologische Vielfalt“ abgeschlossen. Die Schweiz hat dieses Abkommen 1994 ratifiziert und sich damit verpflichtet, den Rückgang der Biodiversität zu stoppen und die vorhandene Vielfalt zu nachhaltig auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Seit das Abkommen über die Biologische Vielfalt unterzeichnet wurde, sind weltweit grosse Anstrengungen unternommen worden, um das Aussterben von Arten und die Zerstörung von Lebensräumen zu verringern. Es ist aber eine traurige Tatsache, dass das nicht genügt. Weltweit sterben nach wie vor Arten aus und das mit einer Rate, die um mehrere Grössenordnungen höher ist, als der natürliche Artenschwund. Die Menschheit ist daran, die Grundlagen der eigenen Kultur und Lebensweise zu zerstören.

Biodiversität ist mehr als Artenvielfalt. Die Vielfalt des Lebens lässt sich auf mehreren Ebenen beschreiben. Dazu gehört die Vielfalt der Ökosysteme (Gewässer, Wald, Alpen etc.), die Vielfalt der Arten (Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen), die Vielfalt der Gene (Rassen und Sorten von wildlebenden und genutzten Arten), und schliesslich die Vielfalt der Wechselbeziehungen zwischen den genannten Ebenen.

Der Wert von Biodiversität

Die Vielfalt des Lebens ist ein Wert an sich und für ihren Erhalt haben wir Menschen eine moralische Verantwortung. Diese Vielfalt ist aber auch schön und eine Quelle von Freude, Inspiration und Erholung für uns Menschen. Biodiversität hat aber auch einen ökonomischen Wert der sich messen lässt. Dieser Wert kommt davon, dass die Natur - ihre vielfältigen Ökosysteme und

die Vielfalt dieser Ökosysteme selbst - Leistungen erbringt, von denen der Mensch profitiert und deren Wert erst ins Bewusstsein kommt, wenn sie fehlen. So sorgen beispielsweise artenreiche Lebensgemeinschaften vor allem in Berggebieten dafür, dass die Erosion auch an steilen Hängen gering bleibt. Ohne die vielfältigen Bodenorganismen würden tote Pflanzen und Tiere und menschliche Schadstoffe und Abfälle nicht abgebaut. Pflanzen entfernen Treibhausgase, sorgen durch Verdunstung für Feuchtigkeit und senken so die Temperatur an der Erdoberfläche. Vielfältige Auenwälder und Moorflächen wirken als Schutz vor Hochwasserspitzen und speisen das Grundwasser. Ein Viertel der verordneten Medikamente enthalten Wirkstoffe, die aus Pflanzen gewonnen wurden. Viele der nicht direkt aus der Natur stammende Wirkstoffe haben ein natürliches Vorbild. 99% der Schädlinge in der Landwirtschaft werden von natürlichen Feinden wie Vögel, Spinnen, parasitische Wespen, Fliegen und Pilzen in Schach gehalten. Artenreiche Ökosysteme sind auch viel weniger empfindlich auf klimatische Extremereignisse. Es gibt also eine Vielzahl von Gründen die Biodiversität zu schützen.

Biodiversität Schweiz

Das Forum Biodiversität der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften (scnat) veröffentlichte soeben eine breit angelegte Studie, in welcher die Veränderungen der Biodiversität in den letzten Hundert Jahren dargestellt sind. Die Talsohle ist nicht erreicht, der Verlust der Biodiversität konnte trotz allen Anstrengungen insgesamt nicht gestoppt werden. In den letzten 20 Jahren konnte bei vielen Arten und einigen Lebensräumen der Bestandesrückgang und Flächenverlust gebremst werden, es gibt in wenigen Einzelfällen sogar eine positive Entwicklung. Diese eigentlich erfreuliche Entwicklung fand aber auf einem tiefen Biodiversitätsniveau statt. Vor allem im Mittelland ist die Biodiversität in einem bedenklichen Zustand.

Wenn man bedenkt, dass z.B. seit 1850 die Auengebiete um 70%, Moore seit 1900 um 82% und Trockenwiesen und Weiden um 95% geschrumpft sind, kann man sich vorstellen, wie gross der Biodiversitätsverlust tatsächlich ist. So stehen denn auch 40% der entsprechenden Pflanzen und 50% der dort lebenden Tierarten auf den Roten Listen. Zudem nimmt die Qualität der verbliebenen Flächen ab. Nur im Wald sind wirklich positive Entwicklungen auszumachen, weil hier seit einigen Jahrzehnten ein naturnaher Waldbau betrieben wird.

Die Schweiz verfügt schon heute über gute gesetzliche Grundlagen und erfolgreiche Massnahmen zur Erhaltung der Biodiversität. Offenbar ist das aber nicht ausreichend und die Umsetzung ist oft Mangelhaft. Zur Zeit arbeitet der Bund, nach jahrelanger Lobbyarbeit, an einer umfassenden Biodiversitätsstrategie. Man darf gespannt sein und es wird weitere politische Anstrengungen brauchen, um die Strategie zu verabschieden und dafür zu sorgen, dass sie kein Papiertiger bleibt.



Jürg Stöcklin
Präsident Grüne
Partei Basel-Stadt

Das Biodiversitätsjahr bietet viel Gelegenheit sich zu informieren.

Weitere Infos zum Thema Biodiversität gibt es unter:

<http://www.biodiversitaet2010.ch>
<http://www.biodiversity.ch>

Buchtipp:

Thibaut Lachat u.a. (Hg.).
Der Wandel der Biodiversität in der Schweiz seit 1990.
Ist die Talsohle erreicht?
Haupt-Verlag, Bern 2010, 350 S,
Fr. 36.–

Biodiverser Wald ist zukunftsfähiger Wald

Der Klimawandel rast; er wird die natürliche Wanderung und die Evolutionsgeschwindigkeit unserer Baumarten an ihr Limit bringen und hoffentlich nicht überholen. Kommen lange Dürreperioden? Frost im späten Frühling? Wie sich das Klima genau verändert, kann die Wissenschaft jedoch nicht voraussagen.

Biodiversität, die Versicherung unserer Wälder

Der wertvollste Trumpf für den Wald ist die Biodiversität: Je mehr Baumarten, desto höher die Chance, dass einige mit den veränderten Wachstumsbedingungen mithalten können. Und je diverser die Arten (beispielsweise gerade/krumme, spät-/frühblühende, klein-/grossblättrige Buchen), desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass sich in Reaktion auf die Umweltveränderungen einige angepasste Sorten entwickeln.

Der Wald hält eine Schlüsselposition für die Biodiversität inne

Welche Bedeutung der Wald für die Biodiversität hat, bestätigt die neueste Studie des Forums für Biodiversität: Er ist in der Schweiz der einzige Raum, in dem positive Entwicklungen überwiegen (neueste Studie des Forums Biodiversität Schweiz, siehe auch Seite 10). Die im Wald lebenden Arten machen denn auch den kleinsten Teil auf der roten Liste aus.

Seltene Arten zieht es ans Licht

Bei allen unterschiedlichen Bedürfnissen der Waldlebewesen, eines ist den meisten gemeinsam: Es zieht sie in helle, sonnendurchflutete Wälder. Aus dichten, dunklen Beständen dagegen flüchten sie. Holzentnahme durch gezielte forstliche Eingriffe kann deshalb Wunder wirken. Beispielsweise kommen in „lichten Wäldern“, eine Waldform die durch drastische Reduktion der Kronenbeschattung infolge Durchforstung entsteht, Orchideen vor. Aber auch herkömmliche Wirtschaftswälder sind für die Artenvielfalt elementar: Gäbe es nur in Spezialreservaten und gepflegten



In diesem lichten Wald bei Arlesheim wachsen ökologisch wertvolle Baumarten wie Mehlbeeren, Birken und Föhren.

Waldrändern Licht im Wald, hätte das verheerende Folgen auf das Artenspektrum. Auch Lothar hat übrigens für Licht im Wald gesorgt – auf den entstanden Blössen konnten seltene Pionierpflanzen wie Birken und Weiden ansamen.

Biodiversität in Reservaten mit Nutzungsverzicht

In der Nordwestschweiz bilden sich in Wäldern ohne menschliche Eingriffe überwiegend reine Buchenwälder. Aus der Erforschung osteuropäischer Buchenurwälder wissen wir jedoch: Die Biodiversität nimmt während der Aufbauphase drastisch ab, da das Kronendach schliesst und folglich das Licht fehlt. Nach über 100 Jahren zerfällt der Wald jedoch baumgruppenweise. In der Folge wird er struktureicher und lichter, die Biodiversität steigt – bleibt aber in Buchenurwäldern eher kleiner als in Wirtschaftswäldern. Waldreservate sind jedoch eine wichtige Ergänzung zu unseren Wirtschaftswäldern, deren Beobachtung höchst spannend und lehrreich ist.

Ich wünsche mir eine ausgeglichene Waldwirtschaft

Die Naturschutzpolitik soll im Wald weiterhin Fortschritte erzielen. Dabei geht es nicht (nur) um die Quantität (Hektaren Waldreservate, Meter aufgewerteten Waldrand), sondern um die Wirkung: Vergrössern sich die Populationen von seltenen Arten wie Waldschnepe, Wildbirne, Juraviper tatsächlich? Dafür muss die Qualität der Naturschutzprojekte im Vordergrund stehen. Ich wünsche mir auch, dass die Waldwirtschaft wieder kostendeckend arbeiten kann – damit die Biodiversität im Wald grossflächig erhalten bleibt und der grüne und darum wichtige Rohstoff Holz bei uns produziert wird. Dafür müssen wir Geschäftsmodelle für Forstbetriebe weiterentwickeln, offen sein für rationelle Arbeitsverfahren und unsere Zukunft mit Schweizer Holz bauen.



Marion Girod
Forstingenieurin ETH,
Vorstand Grüne
Basel-Stadt

Infomarkt und Varia

Interna

Es ist viel gelaufen seit der letzten Ausgabe des Grünen Pfeffers.

Am 7. März war die **Abstimmung zur Landhof-Initiative** - und wir haben sie gewonnen, ein grossartiger Erfolg (siehe Seite 7).

Bei den **Riehener Wahlen** konnten wir zwar keinen Gemeinderatssitz gewinnen, legten aber im Einwohnerrat zu und haben nun Fraktionsstärke erreicht (siehe Seite 8)

Jahresversammlung:

An der Jahresmitgliederversammlung vom 20. April 2010 wurde das **Präsidium** der Grünen Partei in alter Zusammensetzung bestätigt. Präsident ist Jürg Stöcklin, als Co-Vize amten Conni Birchmeier und Harald Friedl.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Jan Schudel, Laura Stöcklin (jgb) und Laura Schwab (Ersatzmitglied jgb)

Interna

Resolution

Am Schluss der Jahresversammlung wurde eine Resolution zur Integrationspolitik in Basel verabschiedet. Diese ist auf unserer Website www.gruene-bs.ch als pdf einzusehen und kann dort runtergeladen werden.



Abstimmungen

Kantonale Abstimmungen vom 13. Juni 2010

JA zum Grossratsbeschluss vom 13. Januar 2010 betreffend Parkraumbewirtschaftung Basel-Stadt (siehe auch Seiten 2-3)

JA zur Initiative gegen den Mobilfunkantennenwildwuchs
NEIN zum Gegenvorschlag
Stichfrage: **Initiative**
(siehe auch Seiten 6-7)

Termine

Menschenstrom gegen Atom

Montag 24. Mai 2010

Aarau /Däniken, ab 10.00 Uhr
Trinationaler Protestmarsch gegen Atom.
<http://menschenstrom.ch>

Details zu allen Veranstaltungen auf unserer neuen Website:
www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: www.gruene-bs.ch

